NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Kreisstadt Groß-Gerau	
Gremium:	Planungs-, Umwelt,- und Stadtentwicklungsausschuss Nr. 07/2016-2021	
Sitzung am:	24.08.2016	
Sitzungsort:	Historisches Rathaus, großer Saal Frankfurter Str. 10-12, 64521 Groß-Gerau	
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr	Sitzungsende: 20:40 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen. Die Anwesenheitsliste ist als Anlage zum Protokoll genommen. Entschuldigungen sind darin vermerkt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Groß-Gerau 2020, Stadtentwicklung
 - 4.1 Wohnen
 5. Umweltschutz und Energie
 - 5.1 Entwicklungskonzept Scheidgraben in Dornheim, Projektübersicht
 - 5.2 Umgebungslärm in Groß-Gerau, Grundlagen
 - 5.3 Beschluss des Waldwirtschaftsplans zur Einbringung in die Haushaltsanmeldung für die Produkte Stadtwald und Fasanerie für das Haushaltsjahr 2017
Referent: Herr Velbecker, HessenForst
6. Baugesuche
7. ~~Anträge auf naturschutzrechtliche Genehmigung~~
Prioritätenliste zum Vollzug von Maßnahmen in der Fasanerie (nachträglich aufgenommen)
8. Anfragen und Mitteilungen
9. Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 1.

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Ausschussvorsitzender Jürgen Schulz eröffnet die Sitzung und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Ladung fest.

Tagesordnungspunkt 2.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Schulz stellt Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 3.

Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Zum Protokoll der letzten Sitzung wird seitens der FDP-Fraktion folgende Änderung beantragt:

zu TOP 4.2.2.: nach "...Brennnesseln entfernen" bitte ergänzen: "Stattdessen schlägt die FDP-Fraktion vor, diese Bereiche auszugestalten und optisch auf zu werten, z.B. durch gezielte Bepflanzung."

Diese beantragte Änderung wird nach Begründung durch den Ausschussvorsitzenden Jürgen Schulz nicht übernommen.

zu TOP 5, Antrag 06: Die FDP-Fraktion hat sich gegen die dauerhafte Aufnahme des TOP-Punktes Umwelt und Energie ausgesprochen.

Das Abstimmungsergebnis wird wie folgt korrigiert: 8 Ja- und 1 Nein-Stimmen.

Das Protokoll der letzten Sitzung gilt somit als genehmigt.

Ausschussvorsitzender Jürgen Schulz wurde von der Verwaltung gebeten, die Prioritätenliste zum Vollzug von Maßnahmen in der Fasanerie erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, um eine Beschlussfassung gemäß der vorgelegten Liste herbeizuführen, damit eine klare Handlungsvorgabe für die Verwaltung erkennbar wird. Der Punkte könnte als 7. behandelt werden, da keine Anträge auf naturschutzrechtliche Genehmigung vorliegen.

Der Ausschuss stimmt der Verfahrensweise einstimmig zu.

Auf Bitte von Herrn Velbecker vom Forstamt wird der Tagesordnungspunkt 5.3 vorgezogen beraten, der Übersicht halber aber im Protokoll in der ursprünglichen Reihenfolge wiedergegeben.

Tagesordnungspunkt 4. Stadtentwicklung 2020

Tagesordnungspunkt 4.1 Wohnen

Kein Beitrag.

Tagesordnungspunkt 5. Umweltschutz und Energie

Tagesordnungspunkt 5.1 Entwicklungskonzept Scheidgraben in Dornheim, Projektübersicht

Umweltschutzbeauftragte Ingrid Gräf erläutert anhand einer Präsentation die geplante Vorgehensweise und geht auf die Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Aus dem Ausschuss kommt der Hinweis auf den in 2014 beschlossenen Antrag Nr. 13/2014.

Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Tagesordnungspunkt 5.2 Umgebungsärm in Groß-Gerau, Grundlagen

Umweltschutzbeauftragte Ingrid Gräf erläutert anhand einer Präsentation die geplante Vorgehensweise und geht auf die Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Bürgermeister Sauer bittet die Fraktionen um ihre Einschätzung zu diesem Thema.

Seitens der SPD-Fraktion teilt Stadtv. Martin mit, da sie der Entwicklung eines Lärmaktionsplanes positiv gegenüber stehe. Insbesondere sieht er hier die Einwirkungsmöglichkeiten auf Straßen- und Anlagenlärm.

Stadtv. Walther spricht für die CDU-Fraktion die Kosten / Nutzen Situation an und regt an, auch die schrittweise punktuelle Betrachtung unter dem Aspekt der Einflussmöglichkeiten nicht außer Acht zu lassen.

Für die GRÜNE-Fraktion spricht sich Frau Dr. Wahrig-Burfeind für die Entwicklung eines Lärmaktionsplanes aus und sieht die Prioritäten im Bereich des Straßenlärms.

Stadtv. Wamser schließt sich seinen Vorrednern an. Er sieht allerdings die Umsetzung von Maßnahmen als schwierig an.

Für die FDP-Fraktion regt Frau Mougoui an, erst die Themen zu sammeln und zu sortieren, und dann eine Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Sauer geht auf die Redebeiträge ein. Der Bürger müsse erkennen, dass man tätig wird und das Thema aufgegriffen wird, aber auch wo die Grenzen der Umsetzungsmöglichkeiten liegen. Aus diesem Grund müssen die Maßnahmen im Fachausschuss gemeinsam betrachtet werden.

Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Tagesordnungspunkt 5.3

Beschluss des Waldwirtschaftsplans zur Einbringung in die Haushaltsanmeldung für die Produkte Stadtwald und Fasanerie für das Haushaltsjahr 2017

Referent: Herr Velbecker, HessenForst

Sach- und Rechtslage:

Dem Fachamt wurde der Waldwirtschaftsplan für 2017 am 16. Juni vorgelegt. Daraufhin wurde ein Besprechungstermin zusammen mit dem Forstamt am 26. Juli durchgeführt. Hierbei wurden die abgebildeten Maßnahmen erläutert und besprochen.

Der vorgelegte Waldwirtschaftsplan berücksichtigt die jüngsten Beschlüsse der Politik (keine Bewirtschaftung der Abteilungen Wallerstädter Wäldchen, Heißfeldwald, Fasanerie sowie keine Bewirtschaftung in Beständen über 20 Jahren). Das bedeutet, dass Nutzungen von Holz und damit Generierung von Einnahmen nur im Bereich des Waldes im Norden der Gemarkung erfolgen.

Bei der Holzerte ist vor allem für 2017 der Durchhieb der Kiefer in verschiedenen Waldabteilungen geplant. Hier wird Kalamitätsholz geschlagen, welches durch Mistelbefall geschädigt oder bereits abgängig ist.

Mit Berücksichtigung der Vorgaben weist der aktuelle Waldwirtschaftsplan Mindereinnahmen bei der Waldbewirtschaftung in 2017 von 37.248,00 € aus.

Beratung:

Herr Velbecker vom Forstamt erläutert anhand einer Präsentation die wesentlichen Punkte des Waldwirtschaftsplanes und geht auf Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss beschließt den vom Forstamt Groß-Gerau vorgelegten Waldwirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 für die Produkte 55501 Stadtwald und 55103 Fasanerie und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	9

**Tagesordnungspunkt 6.
Baugesuche**

**Tagesordnungspunkt 6.1
Umbau des Wohn- und Nebengebäudes von 1 WE zu 3 WE
Gernsheimer Landstraße 15, Gemarkung Dornheim, Flur 1, Fl.St.Nr. 569/4
IV/1.2-BV-2016-381-uhl-ba
Bauantrag, § 30 Abs. 3 i.V.m. § 34 BauGB und § 31 Abs. 2 BauGB**

Sach und Rechtslage:

Die Antragstellerin beabsichtigt, ein Einfamilienhaus in zwei separate Wohnungen aufzuteilen und ein Nebengebäude aufzustocken, um hier noch eine dritte Wohnung einzurichten (Ein-, Drei- und Fünfzimmerwohnung, ca. 25, 73 und 125 m² Wohnfläche). Es handelt sich um eine gut erhaltene Hofreite (Wohnhaus, Scheune, ehem. Stallgebäude, div. Nebengebäude). PKW und Fahrräder werden im Hof bzw. in den Nebengebäuden untergebracht.

Das ca. 1.244 m² große Grundstück im historischen Ortskern von Dornheim liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Ortsmitte westlich der B 44“ aus dem Jahre 1970, der hier ein Dorfgebiet gemäß § 5 BauNVO 1968 festsetzt (MD, offene Bauweise, II, GRZ = 0,4, GFZ = 0,8). Das Bauvorhaben widerspricht der Festsetzung „offene Bauweise“, weil sowohl das Wohnhaus als auch das Nebengebäude unmittelbar an der nördlichen Grundstücksgrenze errichtet werden soll (einseitige Grenzbebauung). Die Dichtewerte des Ursprungsbebauungsplanes (GRZ 0,4, GFZ 0,8) werden bereits seit 1970 durch den Bestand überschritten, ohne dass damit schädliche städtebauliche Auswirkungen verbunden wären.

Durch die beantragte Befreiung von der „offenen Bauweise“ werden die Grundzüge der Planung nicht berührt (MD, II). Im Sinne einer behutsamen Weiterentwicklung des historischen Stadtgrundrisses ist es städtebaulich geboten, an der historisch überlieferten, ortsbildprägenden Grenzbebauung festzuhalten. Die Modernisierung und energetische Sanierung dieser erhaltenswerten Bausubstanz ist darüber hinaus im Sinne einer Förderung des innerstädtischen Wohnens zu begrüßen.

Das Vorhaben ist auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar. Der nördliche Nachbar, der von der Grenzbebauung betroffen ist, hat der Bebauung zugestimmt. Die Anwendungsvoraussetzungen des § 31 Abs. 2 BauGB liegen vor, der Befreiung kann zugestimmt werden.

Das Bauvorhaben ist nach § 30 Abs. 3 i. V. m. § 34 BauGB und § 31 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Von Seiten des Fachamtes SB werden keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Bauvorhaben und der beantragten Befreiung zu (offene Bauweise).

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	9

**Tagesordnungspunkt 6.2
Errichtung einer Flutlichtanlage mit 8 Masten (16,00 m - 18,00 m)
Darmstädter Straße 105, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 4, Fl.St.Nr. 159/29
IV/1.2-BN-2016-45-uhl-ba
Bauantrag § 35 BauGB**

Sach- und Rechtslage:

Der Antragsteller, der VFR Groß-Gerau, beabsichtigt, den Rasenplatz an der Gernsheimer Str. aufzugeben und stattdessen zwei Kunststoff-Rasenspielfelder anzulegen. Diese sollen mit Flutlichtanlagen ausgestattet werden. Die Fläche ist Teil des ca. 7,5 ha großen „Sportbandes“, das von der Darmstädter Straße im Osten bis zur Gernsheimer Straße im Westen reicht (VFR-Rasenplätze, Freibad, Kreissporthalle). Da die geplante Flutlichtanlage unmittelbar neben Wohnbebauung errichtet werden soll, muss der Antragsteller mithilfe einer gutachterlichen Einschätzung die Verträglichkeit mit der Umgebung darstellen (Blendung, Raumaufhellung, Betriebszeiten, Art der Leuchtmittel, Ausrichtung etc.).

Das Bauvorhaben ist nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Der Regionale Flächennutzungsplan stellt hier eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportanlage, Freibad, Festplatz, Grillplatz“ dar. Von Seiten des Fachamtes SB werden keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Bauvorhaben zu. Die Bauaufsicht wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der unmittelbar angrenzenden Wohnbebauung ein Licht-Immissions-Gutachten erforderlich ist

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	3

Tagesordnungspunkt 6.3

**Neubau eines Einfamilienhauses (Doppelhaushälfte) mit Garage
Szamotuly Straße 23, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 7, Fl.St.Nr. 429
IV/1.2-VN-2016-7-uhl-ba
Bauvoranfrage, § 30 und § 31. 2 BauGB**

Sach- und Rechtslage:

Der Antragsteller beabsichtigt, eine Doppelhaushälfte zu errichten (ca. 115 m² Grundfläche, zwei Vollgeschosse, Traufhöhe ca. 6 m, Firsthöhe ca. 9 m, eine Wohneinheit).

Das ca. 546 m² große Grundstück am östlichen Rand des Neubaugebietes „Auf Esch III“ liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Auf Esch III“ - 1. Änderung“ aus dem Jahre 1999, der an dieser Stelle ein Reines Wohngebiet festsetzt (WR1, II, GRZ = 0,35, GFZ = 0,7, 1 WE, max. 30° Dachneigung, maximale Kniestockhöhe im zweiten Geschoss: 1,5 m). Das Vorhaben widerspricht dem Bebauungsplan an drei Stellen.

1. Befreiung von den planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes. Hier: Überschreitung der überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen)

Die vergleichsweise große Doppelhaushälfte mit ca. 115 m² Grundfläche überschreitet die überbaubaren Grundstücksflächen an der Schmalseite um ca. 2 m. Das geplante Gebäude rückt also näher an das benachbarte Haus Nr. 31 jenseits des Fuß- und Radweges heran. Es verbleibt jedoch ein Abstand von ca. 13 m, wodurch jegliche Beeinträchtigungen durch Verschattung oder z.B. durch Einblick in die privaten Vorgärten ausgeschlossen sind. Die Überschreitung der hinteren Baugrenze durch den Erker und die Terrasse ist angesichts der Randlage städtebaulich unerheblich.

Durch die geplante Anordnung des Gebäudes auf dem Grundstück entstehen auch keine unzumutbaren Zwangspunkte für den zukünftigen Doppelhaus-Nachbarn, der später sein Gebäude an diese Doppelhaushälfte anpassen muss.

2. Garage außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen

Die beantragte Garage an der Grundstücksgrenze zum Fuß-/Radweg hin (wie beim Nachbarn Haus Nr. 31), ist städtebaulich unproblematisch.

3. Abweichung von den gestalterischen Festsetzungen. Hier: Überschreitung der zulässigen Kniestockhöhe von 1,5 m

Die Gebäude am nördlichen Rand des Neubaugebietes „Auf Esch III“ werden durch verschiedene Maßnahmen in ihrer Höhenentwicklung beschränkt, u.a. um die damals bereits bestehenden Wohngebäude am Rande von „Auf Esch II“ nicht über Gebühr zu beeinträchtigen. Neben den auch sonst anzutreffenden Festsetzungen z.B. zur Traufhöhe, werden hier Vorgaben zur Dachneigung (30°) und zur Höhe des Kniestocks über dem zweiten Geschoss gemacht. Als Kniestock wird die über die Rohdecke des Dachgeschosses hinaus gemauerte Außenwand an der Traufseite bezeichnet, auf der die Dachkonstruktion aufliegt.

Die geplante Doppelhaushälfte überschreitet die zulässige Kniestockhöhe erheblich (2,9 m statt 1,5 m) ohne jedoch dadurch schädliche Auswirkungen auf die Nachbarschaft oder das Ortsbild zu verursachen, weil die Gesamthöhe des Gebäudes sich dennoch in die Umgebung einfügt. Das geplante Gebäude verzichtet auf einen Sockel (keine Unterkellerung), die geplanten Trauf- und Firsthöhen (ca. 6 m und ca. 9 m) bewegen sich im üblichen Rahmen der Umgebungsbebauung und entsprechen den Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Unter der Voraussetzung, dass auf einen Sockel verzichtet wird und die Gesamthöhe des Gebäudes den beantragten Rahmen nicht überschreitet, kann dieser Abweichung von gestalterischen Vorschriften zugestimmt werden.

Fazit

Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt (WR, locker bebautes Einfamilienhausgebiet). Die Abweichung ist städtebaulich vertretbar und auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar. Die Anwendungsvoraussetzungen des § 31 Abs. 2 BauGB liegen vor, einer Befreiung kann zugestimmt werden.

Das Bauvorhaben ist nach § 30 i. V. m. § 31 Abs. 2 BauGB zu beurteilen. Von Seiten des Fachamtes SB werden keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Bauvorhaben sowie der beantragten Befreiung (Überschreitung der Baugrenzen, Garage außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen) und der beantragten Abweichung von gestalterischen Vorschriften (Kniestockhöhe) zu.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	8
Enthaltungen	1

Tagesordnungspunkt 6.4

Neubau eines Carport

Oderstraße 1a, Gemarkung Dornheim, Flur 8, Fl.St.Nr. 554

**IV/1.2-BV-2016-471-uhl-ba
Bauantrag § 30 und § 31 Abs. 2 BauGB**

Sach- und Rechtslage:

Der Antragsteller beabsichtigt, einen bereits vorhandenen PKW-Stellplatz mit einem Carport zu überdecken. Das 584 m² große Grundstück liegt in einem locker bebauten Wohnquartier im Nordosten Dornheims und ist bereits mit einem Doppelhaus und einem Carport bebaut.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Im Biet“ aus dem Jahre 1979, der hier ein Allgemeines Wohngebiet festsetzt (WA11, II, GRZ = 0,3, GFZ = 0,6). Der geplante Carport überschreitet die straßenseitige Baugrenze. Nach Auffassung der Kreisbauaufsicht ist eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes erforderlich.

Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt (WA), die Abweichung ist städtebaulich vertretbar. Schädliche gestalterische Auswirkungen sind nicht zu erwarten, Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit bestehen nicht. In der Umgebung finden sich zahlreiche Referenzobjekte (z.B. Carport Oderstraße 4). Die Anwendungsvoraussetzungen des § 31 Abs. 2 BauGB liegen vor, der Befreiung kann zugestimmt werden. Von Seiten des Fachamtes werden keine Bedenken erhoben.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Bauvorhaben und der beantragten Befreiung zu (Überschreitung der straßenseitigen Baugrenze).

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	9

Tagesordnungspunkt 7.

Prioritätenliste zum Vollzug von Maßnahmen in der Fasanerie

Über die heute vorgelegte Liste wird wie folgt abgestimmt, wobei die durchgestrichenen Maßnahmen nicht zur Umsetzung kommen sollen.

Beschluss:

<u>Prioritätenliste zum Vollzug von Maßnahmen in der Fasanerie gemäß dem Pflegewerk in 2016 und 2017</u>				
Gemäß Beschluss des PLUS vom 03.08.2016, grundsätzliche Freigabe aller Maßnahmen des Pflegewerks die Unter-, Instandhaltung und Verkehrsversicherungen dienen.				
Nr. aus Maßnahmenliste	Maßnahme	Beschreibung / Hinweis / Ziele	Umsetzung erfolgt / Umsetzung geplant	Ausführung ja/nein
4.3	Auslichtung des Waldbestandes zwischen den Spielbereichen	Herausnahme sowie auf Stock Setzung einzelner Gehölze zur Schaffung von Durchblicken und Ausblicken, soziale Kontrolle und Spielverbindungen zwischen den	begonnen im Februar 2015	vorerst keine weitere Aktivität

		Spielbereichen		
		(vgl. Nr. 14.8)		
14.2	Herstellung von Wegseitenbanketten im Wald	Zurückdrängung von sich ausbreitenden Gehölzungswuchs durch Mulchung	begonnen im Februar 2015	dauerhafte Aufgabe Fortführung in 2018
1.4	Räumung und Befreiung der Fasaneriemauer innerhalb des Tierparks von Gebäuden und Gehegen	In einer Tiefe von ca. 20 m; Abbruch von Gebäuden und Gehegen gemäß Beschluss Magistrat vom 04.08.16 auf mindestens 6 Meter Breite Abbruch von Gebäuden und Gehegen Sicherung der Mauerkrone; Sanierung der Mauerrinnenseite; Begrünung und Neugestaltung eines 20 m Streifens entlang der Mauer. (vgl. Nr. 12.2)	nach Einweihung Ostseite im Tiergarten werden die Gehege frei und können entfernt werden	Vollzug sukzessive ab 2016
3.9	Sperrung von informellen Trampelpfaden durch die Waldzonen (Kernzonen)	Durch quer liegende Baumstämme, Pressearbeit, aktiver Naturschutz, Umwelterziehung. Ausführen im Zshg mit Baumkataster zu Altbaumexemplaren (gezielte Sperrung unter Altbaumexemplaren)	2017	lt. Mag.beschl. vom 26.11.15 ausgeschlossen von Umsetzung, Klärung soll über Fachamt erfolgen
3.2	Herstellung des zentralen Achsenmittelpunktes mit Platzqualität	Randliche Auflichtung, Flächenerweiterung mit seitlicher Entwässerung, Angebot von Sitzbänken als zentraler Aufenthaltsbereich einschl. Stützung der Waldränder u. Bankette Neue Lösung für optische Barrierewirkung des Eichenbankettes aus umlaufenden, dicken Hölzern (vgl. Nr. 9.1, 10.2)	2016	ja, im PLUS am 24.2.16 vorerst zurück gestellt erneuter PLUS avisiert

2.4	Verkehrssicherung an mauer-nahen, denkmalpflegerisch erhaltenswerter Großbau-mexemplare	Regelmäßige Verkehrssi-cherung durch Fachbe-trieb; Rücknahme von Trockenästen, Veranke-rungen etc. Alte Eichenreihe (Weg Westen)	Aufnahme der Bäume in städti-sches Baumkataster in 2016 war geplant gezielte Baumpfle-gemaßn. an Alt-bäumen sind z. T. erforderlich	Vollzug von Maßn. gemäß Baumkontrolle in 2016
3.8	Wegeausbesserung der De-ckenbeläge der Nebenzugänge in die Fasanerie	Entfernung von Matsch- und Schlaglöchern; or-dentliche Deckenherstel-lung mit Wegseitenmul-de, dezentral	2016	Angebot liegt vor, Ausfüh-rung in 2016
3.1	Stabilisierung und Deckensa-nierung der Haupt- und Ne-benwege	Abschieben und Wieder-herstellen	2018 war erste Intension, Dring-lichkeit zeigt sich dauerhafte Aufgabe	Angebote lie-gen vor Ausführung in 2016
3.5	Herstellung eines geordneten Erschließungsweges vom Großkinderspielplatz zum Tierpark auf vorhandenem Erdweg – starke Nutzung vor-handen; nicht ganz wetterge-eignet	Sanierung bzw. Neuauf-bau des vom Großkinder-spielplatz Richtung Tier-park verlaufenden Weges (sehr schlechter Zustand) ca. 2 m breit; Egalisierung oder kleiner Steg am tro-ckenen Graben	Umsetzung bisher nicht benannt, bie-tet sich aber an im Rahmen Wegeher-stellung und in Vorbereitung auf Lehrpfad	Angebot liegt vor
		Verkehrssicherung der Bäume im Wald	Realisierung mit forstlichem Wege-bauzug	Ausführung in 2016
o.M.	Entfernung von Eschenbäu-men als Verkehrssicherungs-maßnahme	Eschentriebsterben er-fordert Fällung im Bereich der Wege bzw. Straße im Norden der Fasanerie starker Eschenbestand; Maßnahmen werden deutlich sichtbar sein	geplant Herbst / Winter 2016 Durchführung durch HessenForst	ab Herbst 2016 - Febr. 2017

14.12	Nachpflanzung von Eichen in Lichtlücken des Waldbestandes	gezielte Nachpflanzung von Eichen, um den Eichenbestand des Waldes dauerhaft zu sichern, da eine nachwachsende Eichenverjüngung fehlt; Nachpflanzung vor allem am Wegerand sinnvoll, Pflanzung nach örtlicher Festlegung mit Hessen-Forst	geplant 2017	Einstellung Finanzmittel zur Pflanzung sowie dauerhaften Pflege der Eichen für Erhalt
o.M.	Entwicklung und Herstellung eines Lehrpfades mit 2 Themenschwerpunkten	Schwerpunkt 1: Historischer Lehrpfad; zur Vermittlung Begriff / Ursprung / Zweck Fasanerie einst und heute; Kombination aus der Historie und aktuell auffindbares Schwerpunkt 2: Botanischer Lehrpfad; Beschilderung vorhandener Gehölze (bot. Name, Besonderheit), Vermittlung des Lebensraums Baum	Umsetzung geplant ab 2017; Sponsoring Tafeln durch Verein Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) KV GG; fachlicher Beitrag durch Herrn Volkmann (Stadtmuseum) Sponsoring Tafeln durch Verein SDW KV GG; fachlicher Beitrag durch Verein SDW KV GG	finanzieller Eigenanteil Stadt für Montage/ Aufstellung der Tafeln

Abstimmungsergebnis:	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder	9
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder	9
Davon stimmberechtigt	9
Ja-Stimmen	9

**Tagesordnungspunkt 8.
Anfragen und Mitteilungen**

- 8.1 Bürgermeister Sauer bietet an, die Beratung im PLUS zum Thema Lausböhl vom 14. auf den 21. September 2016 zu verschieben, um den Fraktionen ausreichend Zeit zur Beratung einzuräumen. Die Ausschussmitglieder sind mit der Terminverschiebung einverstanden.
- 8.2 Bürgermeister Sauer setzt den Ausschuss über geplante Baumfällmaßnahmen im Stadtgebiet in Kenntnis.

**Tagesordnungspunkt 9.
Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Jürgen Schulz
Ausschussvorsitzender

Karin Lochmann
Schriftführung